



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

11.01.2023
HHA

Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Arbeitnehmerorientierte Digitalisierungsberatung / Digitale Mitbestimmung**

Einzelplan **07** **Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 07 05 Bezeichnung Allgemeine Bewilligungen Wirtschaft und Technologie

Produktnummer 45 neu Bezeichnung Digitale Mitbestimmung

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	0	250.000	250.000

Liquidität			
Einnahmen			
Ausgaben			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktenerfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	0	250.000	250.000
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Digitalisierung in vielen Bereichen noch nicht in ausreichendem Maße umgesetzt wird. Hierzu gehört auch die Mitbestimmung in Unternehmen über digitale Wege. Vor diesem Hintergrund sollen insgesamt 250.000 Euro pro Jahr für jeweils fünf Modellprojekte für digitale Mitbestimmung zur Verfügung gestellt werden.

Wiesbaden, 10.01.2023

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:

Günter Rudolph